

Verzicht und Solidarität als Verantwortung deutscher Außenpolitik

Weltpolitik im Jahr 2017 kann nur verstehen, wer begreift, dass die weltpolitisch dominante Einflussgröße das Streben nach „mehr Wachstum“ ist. Alle Großmächte streben nach diesem „Mehr“ – und dies in einer Welt endlicher Ressourcen, die unter den Auswirkungen dieser Unterwerfung der Natur unter die materielle Gier des Menschen unübersehbar leidet. Die Gefahr einer weiteren militärischen Eskalation ist vor diesem Hintergrund besehen groß und schon längst befinden wir uns im weltweiten Kriegszustand aller gegen alle mit Blick auf die Ausdehnung ökonomischer Einflussphären. Dies geht mit Cyber- und Informationskriegen einher, inzwischen mit einer neuen Qualität von Propagandakrieg und wir stehen am Anfang eines großen weltweiten Finanz-, Handels- und Währungskrieges, an dessen Austrag nicht allein staatliche Akteure beteiligt sind. Sicher, einzelne Staaten können dem Gesamtsystem nicht entkommen, jedoch im Rahmen des vernünftig Möglichen einer weiteren Eskalation entgegenwirken.

Besteht in dieser Lage eine besondere Verantwortung Deutschlands für die Gestaltung der internationalen Beziehungen und falls ja, wie lässt sich diese begründen und wie könnte eine verantwortliche Politik gestaltet sein? Wichtig ist dabei zunächst die besondere ökonomische Machtposition Deutschlands innerhalb Europas anzuerkennen und zugleich die entscheidende Tatsache auszusprechen, dass Deutschland von der relativen Schwäche des Euro (im Vergleich zur D-Mark) in besonderer Weise mit Blick auf den nationalen Außenhandelsüberschuss profitiert. Der Zusammenhalt der EU zerbricht auch an der deutschen Weigerung, die Regeln des ökonomischen Spiels so zu gestalten, dass nicht immer schon klar ist, dass Deutschland in besonderer Weise von der zwischenstaatlichen Kooperation profitiert.

Deutsche Europapolitik sollte daher zuvorderst solidarische Politik sein und sich für eine echte europäische Wirtschafts- und Fiskalunion entscheiden. Wir sollten unseren Reichtum und das ökonomische Potential mit den anderen europäischen Partnern vergemeinschaften und gemeinsam – zum Schutz der Demokratie – darauf achten, auch innerhalb der europäischen Gesellschaften die Entwicklung der Privatvermögen gerechter zu gestalten und zu besteuern. Parallel dazu gilt es die Wirtschaftsbeziehungen zu den abhängigen Staaten des globalen Südens ebenfalls gerechter zu

gestalten und die eigenen Bevölkerungen auf das Ende einer Ära unendlicher Wohlstandsmehrung vorzubereiten und eine Philosophie der Suffizienz und des Guten Lebens zu entwickeln, die Spielräume schafft, den offensichtlichen globalen Ungerechtigkeiten offensiv entgegenzuwirken und darüber die sogenannten „Krisen“-Regionen der Erde zu stabilisieren. In einem weiteren Schritt sollten wir uns dafür entscheiden, unsere Freiheit und Demokratie zwar im äußersten Fall wehrhaft gegen äußere und innere Feinde verteidigen zu können, doch wir sollten darauf verzichten, Demokratie und Freiheit durch den Einsatz militärischer Instrumente in der Welt durchsetzen zu wollen. Und selbst im Fall eines sich ereignenden Völkermords oder Verbrechens gegen die Menschlichkeit sollten wir nicht jenseits unserer Landesgrenzen intervenieren, wenn hierzu kein Mandat des UN-Sicherheitsrats vorliegt.

Die Unterminierung des Völkerrechts darf sich nicht fortsetzen und wir müssen stattdessen darauf hoffen, dass sich die Weltöffentlichkeit zunehmend von jenen Staaten abwenden wird, die Völkermorde und Gewalt durch Veto-Politik ermöglichen. Wenn es uns im Laufe der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts gelingt, die europäische Demokratie zu retten und ein solidarisches Miteinander aller Europäer in Frieden und einer mit der Natur versöhnten Freiheit vorzuleben, dann ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass sich im Laufe der zweiten Hälfte des Jahrhunderts auch andere Weltregionen wieder diesen Ideen zuwenden werden und zwar nicht von uns und von außen erzwungen, sondern von den Völkern der Erde selbst herbeigeführt.

Deutsche Verantwortung besteht also gegenwärtig zuvorderst in vier Formen des Verzichts: Erstens den Verzicht auf die Fortsetzung einer unsolidarischen Wohlstandsmehrung zu Lasten europäischer Partner, zweitens den konsequenten Verzicht auf die Fortsetzung der kolonialen Situation und die Ausbeutung des globalen Südens mit modernen Methoden, drittens den Verzicht auf militärische Interventionen, die nicht vom UN-Sicherheitsrat mandatiert sind und schließlich viertens im Verzicht auf das Festhalten am Wachstums-Dogma, das angesichts der planetaren Grenzen ohnehin nicht mehr zukunftsfähig ist und den Ausbruch verheerender internationaler Konflikte in letzter Konsequenz unausweichlich macht.

Dr. Ulrich Roos, PD
Friedens- u. Konfliktforschung Uni Augsburg